# Leiharbeit und Verfassungsrecht

Zum Gleichbehandlungsgebot von Stammbelegschaft und Leiharbeitnehmern sowie zur Errichtung von Personal-Service-Agenturen durch das Erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

Von

Jörn Axel Kämmerer Gregor Thüsing

Jürlstische Gesamtbibliothek Technische Universität Darmstadt B 63282



Duncker & Humblot · Berlin

### Inhaltsverzeichnis

		Teil 1					
		Arbeitnehmerüberlassung als Regelungsgegenstand					
		des Arbeitsrechts					
Í.	Stru	ctur der Arbeitnehmerüberlassung					
II.	Art	n der Arbeitnehmerüberlassung					
III.	Grü	nde der Arbeitnehmerüberlassung	.16				
IV.	Reg	elungsziele des AÜG	. 18				
		Teil 2					
		Verfassungsrechtliche Bewertung des Gleichbehandlungsgebots					
		gemäß § 9 Nr. 2 AÜG					
l.	Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 3 GG						
	1.	Schutzbereich	.21				
	2.	Ausgestaltung der Koalitionsfreiheit	. 22				
		a) Ausgestaltungskompetenz des Gesetzgebers	. 22				
		b) Abgrenzung von Ausgestaltung und Eingriff	. 23				
		c) Grenzen der Ausgestaltung	. 25				
	3. Eingriff in die Koalitionsfreiheit						
		a) Eingriff in die negative Koalitionsfreiheit der Leiharbeitgeber	. 26				
		aa) Eingriff durch inadäquaten Druck zum Verbandsbeitritt oder Ab					
		schluss eines Firmentarifvertrags					
		bb) Eingriff durch Bindung an einen branchenfremden Tarifvertrag					
		cc) Ergebnis					
		b) Eingriff in die negative Koalitionsfreiheit der Leiharbeitnehmer	.31				
		c) Eingriff in die positive individuelle Koalitionsfreiheit der Leiharbeit-					
		geber	32				
		d) Eingriff in die positive kollektive Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber-					
		verbände der Leiharbeitgeber					
	4.	Rechtfertigung der Eingriffe in Art. 9 Abs. 3 GG					
		a) Formelle Voraussetzungen	36				
		aa) Voraussetzungen der Zustimmungsbedürftigkeit	36				

#### Inhaltsverzeichnis

		bb)		timmungsbedürftigkeit aufgrund Änderung des § 400a						
				3 III						
		cc)		timmungsbedürftigkeit aufgrund Veränderung des Aufgaben-						
				ons der Agenturen für Arbeit						
			_	ebnis						
	b)	Mat		e Voraussetzungen						
		aa)	Rec	htfertigung durch die Koalitionsfreiheit selbst	. 42					
			(1)	Herstellung von funktionsfähigen Tarifstrukturen im Leiharbeitsbereich	. 42					
				(a) Fehlen von Tarifverträgen als Ausdruck der negativen Koalitionsfreiheit						
			(2)	(b) Objektive Faktoren						
			(2)	Schutz der Tarifautonomie der Stammbelegschaft						
		1.1.1	(3)	Ergebnis	.40					
		(סס		htfertigung durch andere Verfassungsgüter – Sozialstaats-	47					
			-	zip						
			(1)	Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit						
			(2)	Abbau sozialschädlicher Arbeitsstrukturen						
			(3)	Arbeitnehmerschutz						
				(a) Geeignetheit und Erforderlichkeit						
			(4)	(b) Angemessenheit	. 33					
			(4)	Gleichbehandlungsgebot als Kompensation neuer unange-	<i>5 (</i>					
			(5)	messener Arbeitsbedingungen?	. 30					
			(5)	Betriebsfrieden sowie Arbeitsplatzsicherung im Entleiher-	50					
			(6)	betriebGleichheit als sozialstaatliches Erfordernis?						
			(6)							
		>	(7)	Ergebnis						
		cc)		stoß gegen weitere materielle Verfassungsnormen	. 04					
			(1)	Verstoß gegen das Demokratieprinzip durch dynamische	(1					
			(2)	Bezugnahme auf einen Tarifvertrag Verstoß gegen das Sozialstaatsprinzip						
II.	Varain	h autrait			. 00					
11.		Vereinbarkeit mit der Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) der Arbeitgeber und Arbeitnehmer								
		_		n Schutzbereichg der Eingriffe						
			_							
	a)			der Rechtfertigung						
	b)			eines strukturellen Ungleichgewichts						
***	C) Manain			ssenheit des Ausgleichs						
III.				dem allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)						
				stab						
				ndlung						
	3. R	ecntter	ugun	g der Ungleichbehandlung	/8					

#### Teil 3

## Grundrechtswidrigkeit der gesetzlichen Bestimmungen über die Einrichtung der PSA?

I.	Eingriff in den Schutzbereich der Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)				
	1. Zur Eingriffsqualität staatlicher Marktbeteiligung	82			
	2. Eingriff durch wettbewerbsfremde oder wettbewerbssteuernde Maßnah-				
	men	83			
	a) Die "Vergabe-PSA" (Variante 1)	83			
	b) Die "Beteiligungs-PSA" und die "Eigen-PSA" (2. und 3. Variante)				
II.	Ergebnis				
	Teil 4				
	Betrachtung des tatsächlichen Marktverhaltens der PSA				
	nach verfassungsrechtlichen Maßstäben				
I.	Grundrechtliche Relevanz von Einzelakten	87			
Π.	Sittenwidriges Marktverhalten (§ 1 UWG) durch Preisdumping?	88			
III.	Rückbezug auf Art. 12 Abs. 1 GG – Rechtswegfragen	90			
	Teil 5				
	Zusammenfassung				
I.	Equal Pay und Equal Treatment (§ 9 Nr. 2 AÜG)	92			
II.	Die Personal-Service-Agenturen	95			
Liter	raturverzeichnis	97			
Sach	verzeichnis	. 102			